

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Kuba

Kuba befindet sich in einer sich dramatisch verschlechternden Situation. Die seit dreißig Jahren bestehende Wirtschaftsblockade durch die USA und die drastische Reduzierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Südosteuropas haben zu einer gravierenden Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Probleme geführt.

Erschwerend kommt hinzu, daß bestehende Verträge und Vereinbarungen zwischen Kuba und der ehemaligen DDR von der Bundesregierung trotz gegenteiliger Festlegungen im Einigungsvertrag aus politischen Gründen nicht fortgeführt werden.

Die Lieferung von Energie und Rohstoffen ist praktisch zum Erliegen gekommen. Das mit keinem anderen lateinamerikanischen Land vergleichbare Niveau der Grundbedürfnisbefriedigung, so im Gesundheits- und Bildungswesen, aber auch die Versorgung der Menschen mit Grundnahrungsmitteln sind definitiv gefährdet.

In dieser Situation verschärfte der amerikanische Präsident, George Bush, am 18. April 1992 die Blockade gegen das kubanische Volk.

Die aktuelle Politik der Bundesregierung gegenüber Kuba konterkariert die von ihr selbst proklamierten Ziele der Entwicklungspolitik und verletzt das Völkerrecht, indem durch ökonomische Erpressung eines Volkes dessen Recht auf Selbstbestimmung und eigenständige Entwicklung negiert wird.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. jede Form des Diktats gegenüber Ländern der „Dritten Welt“, so auch gegenüber Kuba, als völkerrechtswidrig abzulehnen. Das kubanische Volk hat aus eigener Kraft die Batista-Diktatur überwunden, es wird auch selbst die Kraft aufbringen, Veränderungen im gesellschaftlichen Leben des Landes herbeizuführen, die es für notwendig erachtet;
2. die sich aus dem Einigungsvertrag ergebenden Verpflichtungen gegenüber Kuba einzuhalten;

3. ihren Kriterien zur Gewährung von Entwicklungshilfe folgend, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba zumindest bezüglich direkt der Bevölkerung zugutekommenden Projekten aufzunehmen bzw. fortzusetzen. Zum Beispiel sollten Aktivitäten von deutschen Nichtregierungsorganisationen wie „Milch für Kubas Kinder“ unterstützt werden;
4. im Rahmen des Pariser Clubs auf eine Schuldendiensterleichterung hinzuwirken, die auch die Verpflichtungen Kubas gegenüber der ehemaligen DDR einschließt;
5. Initiativen des Europäischen Parlaments, die auf eine Normalisierung der Beziehungen der europäischen Staaten zu Kuba gerichtet sind, nachdrücklich zu unterstützen und in der internationalen Politik umzusetzen;
6. in bilateralen Gesprächen mit den USA sowie im Rahmen der EG und der Vereinten Nationen deutlich auf eine Aufhebung des Wirtschaftsembargos gegen Kuba zu drängen, damit normale, gleichberechtigte wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen Kuba und allen anderen Ländern möglich werden;
7. sich gegenüber den USA für eine umgehende Auflösung des US-Militärstützpunktes Guantánamo einzusetzen.

Bonn, den 26. Mai 1992

Dr. Ursula Fischer

Dr. Gregor Gysi und Gruppe